Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
Landtagsverwaltung

Telefon: 0511 3030-2714
Mein Zeichen: II/714 + 720 – 0103 – 01/1 und 01/1.1
(Einl-091-Si-AfRuV-Erw.-043-Si-UAJustV-We)

14. September 2026

91. Sitzung
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
und
43. Sitzung
des Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“
Mittwoch, den 16. September 2026, 10:15 Uhr

Hannover, Erweiterungsgebäude des Landtages
Leinstraße 30

- Raum 1105 -

Mein Schreiben vom 10. September 2026 - Az. w. o. -

Der Vorsitzende des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen lässt mitteilen, dass die Tagesordnung der 91. Sitzung um den Tagesordnungspunkt 2 erweitert wird und nun folgende Fassung erhält:

Tagesordnung:

Gemeinsamer Sitzungsteil:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2027 und 2028 (Haushaltsgesetz 2027/2028 - HG 2027/2028 -)**
   Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/11240 neu
   - *Erste Beratung: 96. Sitzung am 09.09.2026*
   - *federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse*

   dazu: Eingabe 02088/03/19 - Forderungen des VNSB zum Doppelhaushalt 2027/2028
   - verteilt als Vorlage 1 -

- TOP 1 b) -

b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2026 bis 2030**
Unterrichtung - Drs. 19/11406

- *Gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 26.08.2026*
- *federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse und Unterausschüsse*

hier: Vorstellung durch die Justizministerin zu
aa) Einzelplan 11 - Justizministerium
bb) Einzelplan 20 - Hochbauten (Kapitel 2011, TG 64, lfd. Nr. 24 - 28 und 30) sowie Mitberatung

Hinweis:
Auf die Nachricht der Landtagsverwaltung vom 1. September 2026 mit den Übersichten zum Geschäftsanfall sowie der Titelübersicht zu den Einnahmen und Ausgaben wird verwiesen.

Ende des gemeinsamen Sitzungsteils und der 43. Sitzung des Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ und Fortsetzung der 91. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

2. a) **Antrag auf persönliche Unterrichtung der Niedersächsischen Justizministerin zu den justiziellen Berichtswegen im Fall der Ermittlungen gegen den derzeit beurlaubten Präsidenten der Region Hannover und aktuellen Spitzenkandidaten der Berliner SPD um das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Steffen Krach**

b) **Unterrichtung durch die Justizministerin zu den Ermittlungsverfahren gegen den Präsidenten der Region Hannover Krach und den Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Hannover Karst**

hier: zu a) Beratung und Beschlussfassung
zu b) Entgegennahme der Unterrichtung

Hinweise:
zu a)
/ *Der Antrag der Fraktion der CDU vom 10.09.2026 ist als Anlage beigefügt.*

zu b)
Die Landesregierung hat mit Nachricht vom 10.09.2026 die Unterrichtung durch die Justizministerin angekündigt.

****

- Eingeladen werden: -

Eingeladen werden:
Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
Mitglieder des Unterausschusses „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“

Kenntnis erhalten:
Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei und sämtliche Ministerien
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Dr. h. c. Björn Thümler - als Vorsitzender des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu TOP 1

Im Auftrag
Geerts